

Nach dem Vorbild Berlins

„Mehr Behinderte in die Verwaltung“
Bockholt fordert Berliner Modell

Bremen. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt ist noch vielfach lückenhaft. Laut Marco Bockholt, Gesamtschwerbehindertenvertreter für das Land und die Stadtgemeinde Bremen, sinken hier die Beschäftigungszahlen im Land Bremen kontinuierlich. Bockholt möchte daher Menschen mit Schwerbehinderung nach dem Vorbild Berlins leichter in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis in einer Verwaltung bringen. Das forderte er am Mittwoch in einem Schreiben an den Senat.

Weitreichende Erleichterungen bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst hatte der Berliner Senat im August beschlossen. Bisher musste immer eine Stelle vakant sein, um zum Beispiel eine Person aus einer Werkstatt für behinderte Menschen im Land Berlin zu beschäftigen. Dies ist nun anders. Gibt es einen Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung oder einer sogenannten Gleichstellung, so kann der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst diese Person ohne vorhandene Stelle und ohne freie Mittel beschäftigen. Dies ist vorerst auf bis zu zwei Jahre befristet, ermöglicht in dieser Zeit jedoch das Finden einer freien Stelle und eine fundierte Einarbeitung.

Die Quote sinkt

Die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten habe im Land Bremen mit Stand 2021 bei 6,13 Prozent gelegen und sinke stetig, so Bockholt. Durch die Übernahme des Berliner Modells könne Bremen das selbst gesteckte Ziel einer Beschäftigungsquote von mindestens sechs Prozent für Menschen mit Behinderung aufrechterhalten. Bockholt hatte den Koalitionsvertrag zuvor wegen fehlender verbindlicher Aussagen zur Inklusionspolitik öffentlich kritisiert. Für die Unterstützung der Inklusionsarbeit stünden ausreichende Rücklagen des Amtes für Versorgung und Integration Bremen zur Verfügung. Diese beliefen sich laut Bockholt mit Stand Ende 2022 auf etwa 8,5 Millionen Euro.

Weser-Kurier vom 24. August 2023. Autorin des Artikels: Lisa Duncan